



## Forum Soziale Demokratie

### Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser

Der alte Kapitalismus – geprägt von übersteigertem Liberalismus und blindem Marktvertrauen – ist an seine Grenzen gestoßen. Nun stellt sich die Frage: Was tritt an die Stelle des gescheiterten Kapitalismusmodells? Wie kann ein neuer Kapitalismus – ein Kapitalismus 2.0 – aussehen? Fest steht: er muss irgendwie anders und irgendwie besser werden.

Wie dieses „irgendwie anders, irgendwie besser“ konkret gestaltet werden kann, diskutierten Andrea Nahles, MdB und Prof. Dr. Anke Hassel am 9. Juni 2009 im Forum Soziale Demokratie.

In der Diskussion wurden zentrale Eckpunkte für einen sozial regulierten Kapitalismus mit globaler Dimension entworfen:

1. *Orientierung an gutem Leben und guter Arbeit:* Grundlage für die Gestaltung eines neuen Kapitalismus darf nicht die Frage sein, wie wir leben müssen, um den Anforderungen der Märkte möglichst gut gerecht zu werden, sondern wie wir leben und arbeiten wollen.
2. *Partizipation und Mitbestimmung:* Teilhabe und Mitbestimmung bei der Gestaltung eines neuen Kapitalismus durch

mündige Bürgerinnen und Bürger sind wichtige Elemente eines neuen Kapitalismus – nicht nur, weil sie demokratisch erwünscht sind, sondern weil eine ausgeprägte Mitbestimmung auch ökonomische Stabilität fördert.

3. *Wirtschaft, Bildung, Soziales – Die Europäische Dreifaltigkeit:* Die europäische Vorstellung eines Wirtschafts- und Sozialmodells zeichnet sich durch einen positiven Zusammenhang aus hoher Produktivität, hohem Bildungsniveau und hohem sozialen Standard aus.
4. *Rahmensetzung auf europäischer und globaler Ebene:* Die institutionellen Weichen in Richtung einer Gestaltung des Kapitalismus auf europäischer und globaler Ebene müssen durch eine neue Agenda für die internationalen Organisationen gestellt werden.
5. *Nationale und globale Ungleichheiten im Blick:* In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Wohlstandsniveaus der Länder weltweit angenähert. Ein neuer Kapitalismus muss die weltweiten Ungleichheiten weiter reduzieren und zugleich die Schere zwischen Arm und Reich in den einzelnen Ländern schließen.

## INHALT



*Dr. Christian Krell*

Akademie für Soziale Demokratie

**Zum Forum Soziale Demokratie am 9. Juni 2009**

3



*Andrea Nahles*

MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD

**Weichen richtig stellen:**

**Soziale Demokratie in Zeiten der Wirtschaftskrise**

4



*Prof. Dr. Anke Hassel*

Hertie School of Governance

**Antwort auf die Krise –**

**ein neues Gesellschaftsmodell**

8

## August 2009



ISSN 1861-8014

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Politische Akademie  
Akademie für Soziale Demokratie  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Telefon:* 0228 883 7117

*Fax:* 0228 883 9209

*Redaktion:* Anna L. Meyer zu Schwabedissen, Christian Krell

*Fotos:* Sepp Spiegl

*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign

*Druck:* braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Akademie für Soziale Demokratie ist ein Beratungs- und Qualifizierungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das politisch Interessierten und Engagierten die Möglichkeit zum Austausch über die Prinzipien, Werte und Ziele Sozialer Demokratie bietet und Raum zur Reflexion und Vergewisserung des eigenen politischen Handelns schafft.

[www.fes-soziale-demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)



Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf dem Mitschnitt der Veranstaltung, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

## Dr. Christian Krell, Akademie für Soziale Demokratie

### Zum Forum Soziale Demokratie am 9. Juni 2009

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist mehr als nur ein Betriebsunfall. Sie berührt die Grundlagen unserer Gesellschaft. Entwicklungen, die vor einem Jahr noch völlig undenkbar schienen, haben sich vollzogen: Banken wurden mit Milliardenbeträgen gestützt; Volkswirtschaften mussten vor dem Zusammenbruch gerettet werden; der deutsche Bundespräsident spricht von einem „Raubtierkapitalismus“ und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Josef Ackermann bekennt: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes“.

Es scheint ein Wirtschafts- und Finanzmodell an seine Grenzen gestoßen zu sein, in dem ein extremer Liberalismus häufig das dominierende Motiv war. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Abbau von staatlichen Beschränkungen, der Abbau von Regulierungen der Märkte, der Abbau von Institutionen, die die Märkte kontrolliert haben, Deregulierung und Privatisierung – das waren die dominierenden Motive der vergangenen drei Jahrzehnte.

Der Markt, so war die Vorstellung, reguliert sich selbst. Marktversagen ist selten, Staatsversagen die Regel. Die Rolle des Staates ist deshalb bestenfalls auf die Geldpolitik beschränkt und Steuern sind generell zu senken.

Dieses Modell ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Frage gestellt worden. Eine Krise, so hat es der italienische Philosoph Antonio Gramsci formuliert, zeichnet sich dadurch aus, dass das Alte gestorben, das Neue aber noch nicht geboren ist.

Ziel des Forums ist es, dieses Neue in den Blick zu nehmen. Hier sollen Eckpunkte einer neuen Wirtschafts- und Finanzordnung entworfen werden. Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Wenn der alte Kapitalismus gescheitert ist, wie soll dann der neue Kapitalismus aussehen?
- Welche Vorstellung entwickelt die Soziale Demokratie zur Gestaltung des Kapitalismus?
- Wie kann eine neue Balance zwischen Staat und Markt hergestellt werden?
- Auf welcher Ebene muss gehandelt werden – national, europäisch, oder global?
- Wer sind Bündnispartner für eine Wirtschaftspolitik der Sozialen Demokratie?
- Welchem Gesellschaftsmodell soll die Wirtschaftsordnung dienen?



**Dr. Christian Krell** lebt in Köln und arbeitet in Bonn. Er hat in Siegen und York Politik, Geschichte, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften studiert. Zwischen 1993 und 1999 übernahm Christian Krell verschiedene kommunalpolitische Mandate. 2007 promovierte er zur Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste. Seit 2006 ist er Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort verantwortlich für die Akademie für Soziale Demokratie. Dr. Christian Krell wurde 1977 in Siegen geboren.

Andrea Nahles, MdB, stellvertretende Parteivorsitzende der SPD

## Die Weichen richtig stellen: Soziale Demokratie in Zeiten der Wirtschaftskrise



**Andrea Nahles** lebt in Weiler bei Mayen (Landkreis Mayen-Koblenz), sie studierte Literaturwissenschaften in Bonn. 1988 trat Andrea Nahles in die SPD ein und gründete 1989 den SPD-Ortsverein Weile, dem sie von 1989 bis 2007 vorstand. Von 1993 bis 1995 war sie Landesvorsitzende der Jusos in Rheinland-Pfalz und 1995 bis 1999 Bundesvorsitzende der Jusos. Sie war von 1998 bis 2002 und ist seit Oktober 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit Oktober 2007 ist sie die stellvertretende Vorsitzende der SPD und seit Januar 2008 Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion. Aktuell ist Andrea Nahles Mitglied des „Team Steinmeier“ für den Bereich Bildungs- und Integrationspolitik.

Der Zusammenbruch des weltweiten Wirtschaftssystems mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat zweifellos zahlreiche negative Folgen. Aber diese Krise birgt auch die Chance, einen neuen und gerechteren Kapitalismus zu entwickeln – einen Kapitalismus 2.0.

### Partizipation und Selbstbestimmung als Kernelemente

Damit diese Chance wirklich genutzt wird, müssen jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Weg von einem System der Verantwortungslosigkeit, hin zu einem sozial regulierten Kapitalismus mit einer globalen Dimension. Genau das ist es, wofür die Soziale Demokratie in Zeiten der Weltwirtschaftskrise eintreten will. Grundlegend für diesen Wandel ist, dass die Frage nicht mehr lauten darf: Wie müssen wir leben, um den Anforderungen des Marktes möglichst gerecht zu werden, sondern: „wie wollen wir leben“.

Das bedeutet, dass die Menschen sich Gedanken über ihr eigenes Leben machen müssen, um dann die Ergebnisse dieser Gedanken auch auszusprechen. Der Staat braucht mündige Bürger und Bürgerinnen, die ihre Meinung und auch ihre Vorstellungen klar formulieren. Die Entscheidungen, die gefällt werden, immer wieder hinterfragen. Kurz gesagt: die Partizipation aller ist bei der Entstehung eines Kapitalismus 2.0 nötig. Mitgestaltung und Mitbestimmung sind die Kernelemente dieser neuen Gesellschaft.

Der Markt kann in dieser Gesellschaft nur als Instrument gesehen werden. Er ist somit weder ein Träger von Werten, noch ist er ein Wert an sich. Das, was der Markt leistet, kann nicht alleine bestehen. Es muss gesellschaftlich definiert werden.

Es gibt unterschiedliche Ansatzpunkte um diese Vision anzustoßen: zum Beispiel den fairen Lastenausgleich. Das bedeutet auch, dass die Profiteure des „alten Systems“ für die Bereinigung der Schäden aufkommen sollten.

## Gute Arbeit als Teil eines guten Lebens

Gute Arbeit ist Teil eines guten Lebens. Gute Arbeit und gutes Leben ist aber meistens in Gesellschaften zu finden, die sich selbst Regeln geben, die nicht nur wenigen, sondern der Mehrheit Nutzen bringen. Grundlage guter Arbeit ist es auch, diese selbst mitzugestalten. Die Gewerkschaften können diese Krise entsprechend nutzen und sich für die Gründung neuer Betriebsräte stark machen. Das gilt besonders für die Branchen, in denen sie im Moment noch unterrepräsentiert sind. Jetzt, wo allen deutlich wurde, wie wichtig es für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist, ihre Interessen zu organisieren, sollte die Krise auch als Chance für mehr Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung begriffen werden.

Der Schutz der Arbeitsplätze muss bei all diesen Überlegungen immer an erster Stelle stehen.

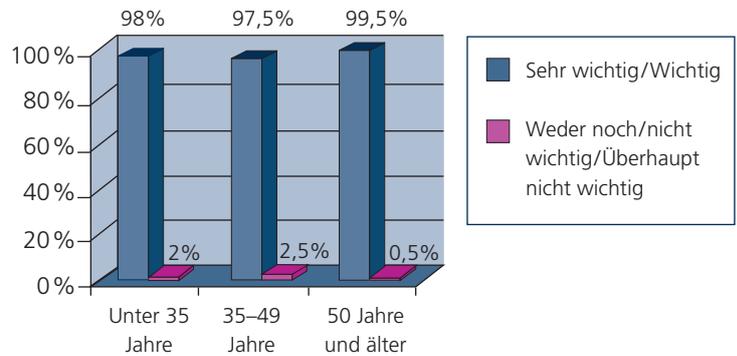
Es muss allerdings auch der Überlegung Rechnung getragen werden, dass Unternehmen ebenso Opfer der Krise sind, wie die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in eben diesen Unternehmen arbeiten wollen. Aus diesem Grund war die Beschließung des Konjunkturpakets II richtig. Es wäre politisch nicht vertretbar gewesen, die Banken zu stützen, die Unternehmen aber nicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es sich um einmalige finanzielle Unterstützungsleistungen handelt, die in einer Situation geleistet werden, die allen Beteiligten vollkommen neu ist. Eine wirkliche Handlungsalternative zu dem Konjunkturpaket II gab und gibt es nicht.

## Krise mit globaler Dimension – institutionelle, globale Weichen stellen

Diese Krise ist von globaler Dimension. Das bedeutet, nicht nur hier in Deutschland ist man mit neuen Herausforderungen konfrontiert, sondern weltweit stellen sich ganz ähnliche Fragen. Vor dem Hintergrund dieser weltweiten Krise müssen institutionelle, globale Weichen richtig gestellt werden. Besonders wichtig ist hierbei die Verständigung auf internationale Finanzmarktregeln, zum Beispiel in Form einer europäischen Finanzmarktaufsicht.

### Schutz der Arbeitsplätze steht an erster Stelle

**Wichtigkeit eines sicheren Arbeitsplatzes (2006)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008  
Kapitel 5 „Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit“ (eigene Darstellung)



Zur Schaffung dieser Strukturen sind die nationalen Regierungen der G20 in der Pflicht. Sie müssen jetzt ihr „window of opportunity“ nutzen, um Veränderungen voranzutreiben.

### „Die Europäische Dreifaltigkeit“ – Ein zukünftiger Exportschlager?

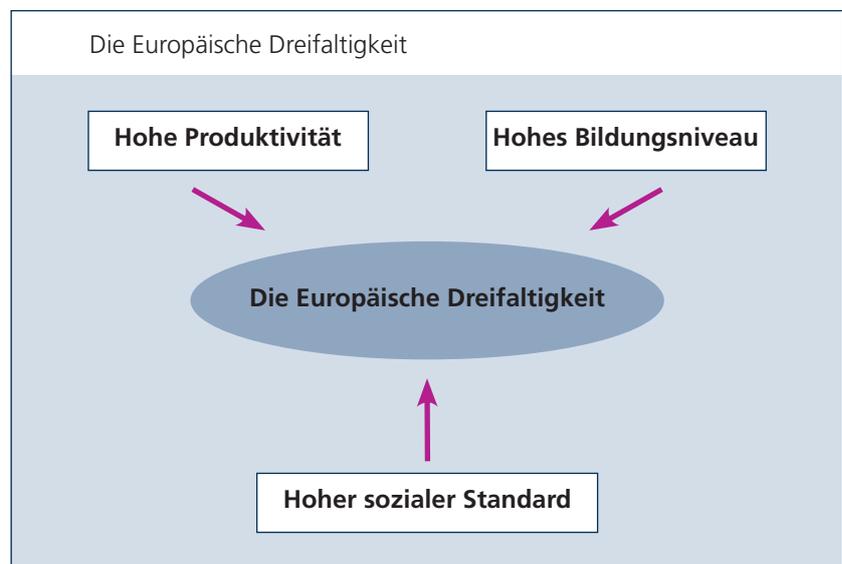
Eine wichtige Orientierung für diese Veränderungen kann aus meiner Perspektive die „Europäische Dreifaltigkeit“ sein. Gemeint ist das Zusammenspiel zwischen einer starken Wirtschaft, einem hohen Bildungsniveau und hohen sozialen Standards; letzteres insbesondere in Form von guter Arbeitsqualität. Europäische Dreifaltigkeit meint eben nicht, dass dieses Modell gebunden ist an die Europäische Union als Institution. Vielmehr geht es um Europa als Prinzip Europa.

Und genau dieses Prinzip Europa ist auch gemeint, wenn es heißt, Europa sei die Deutsche Antwort auf die Globalisierung. Allerdings muss dann auch anerkannt werden, dass die Idee der Europäischen Dreifal-

#### Literatur:

„Unsere Werte der Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Nachhaltigkeit versprechen eine bessere Welt, in der es keine Armut, Ausbeutung und Existenzangst mehr gibt. Wir haben die Vision einer Guten Gesellschaft und einer gerechten Wirtschaft, mit der wir eine sichere, nachhaltige und faire Zukunft schaffen können.“

In: Nahles, Andrea/Cruddas, John (2009): Die gute Gesellschaft – Das Projekt der demokratischen Linken:  
<http://www.goodsociety.eu/>





tigkeit nicht mit einem Kapitalismus angelsächsischer Art realisierbar und auch nicht finanzierbar ist. Genau das wurde aber in den letzten Jahren versucht. Ziel muss es jetzt sein, diese Vision Europa, so wie auch die Voraussetzungen, die sie mit sich bringt, als (neue) europäische Vision, als (neues) europäisches Gesellschaftsmodell, zu formulieren und zu vermitteln.

Das bedeutet: die Vision eines Kapitalismus 2.0 muss gar nicht neu gesucht werden, sondern die guten Ansätze, die zum Teil aus den Augen verloren wurden, müssen neu ausgelegt und gestärkt werden.

Also: Kein Zurück, aber dennoch ein Erkennen der Stärken, die Europa und der hier bestehende Kapitalismus hat. Ein Weiterentwickeln dieser Stärken und gleichzeitig ein Umgehen mit den Irrtümern.



Prof. Dr. Anke Hassel, Hertie School of Governance

## Antwort auf die Krise – Ein neues Gesellschaftsmodell



**Prof. Dr. Anke Hassel** lebt und arbeitet in Berlin. Sie lehrt Public Policy an der Hertie School of Governance Berlin. Sie studierte Politikwissenschaft, Wirtschaft und Recht in Bonn und an der London School of Economics and Political Science. Sie habilitierte 2003 an der Ruhr Universität Bochum. 2003/2004 war sie im Planungsstab des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) tätig und erhielt 2005 einen Ruf an die Jacobs University Bremen. Ihre Forschungsbereiche umfassen: Wirtschaftssoziologie, Politische Ökonomie, Arbeitsbeziehungen, deutsche und europäische Politik, europäische Währungsintegration und Tarifverhandlungen, sowie Corporate Social Responsibility. Unter anderem ist sie Mitglied des wissenschaftlichen Lehrkörpers der Akademie für Soziale Demokratie und Mitherausgeberin von „der moderne Staat“.

Die Ansätze, die durch Frau Nahles vertreten wurden, sind positiv zu bewerten. Zugleich müssen die Fragen sehr viel weiter gefasst werden. Themen, die es eigentlich zu diskutieren gilt, betreffen insbesondere regionale, weltwirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte. Dazu kommt die Frage nach der Staatsverschuldung und die damit verbundene Überlegung, bis zu welchem Grad sich Regierungen überhaupt wieder entschulden können. Es muss also eigentlich darum gehen, wie ist Deutschland in der Welt aufgestellt und womit soll Deutschland, wie auch alle anderen Weltregionen, den Wachstum, den sie anstreben, verdienen? Und: Wie müssen und wie werden sich die einzelnen Regionen auf dem Weltmarkt in Zukunft aufstellen?

Das, was bisher hier besprochen wurde, ist eher ein Herunterbrechen auf einzelne Maßnahmen. Die können richtig sein, beantworten aber nicht die eigentlichen Fragen, bzw. sie lösen nicht die eigentlichen Probleme. Wenn man das aber tun will, dann muss man auch eingestehen, dass die finanzmarktdominierten (angelsächsischen) Länder einen geringeren Wirtschaftseinbruch zu verzeichnen hatten, als dies in Deutschland der Fall ist. Man muss auch erkennen, dass man zwar versucht sein kann, sich über das Ende des Liberalismus zu freuen. Dieses Ende der Liberalismus aber einen sehr hohen und auch einen sehr langanhaltenden Preis hat und haben wird.

### Folgen der Krise

Folgen dieses Zusammenbruchs kann man zum einen in Deutschland beobachten: Aktuell gibt es über eine Million Menschen in Kurzarbeit. Diese sind letztendlich alle potentielle Arbeitslose. Es kommt zur Zeit zu massiven Staatsverschuldungen, die dazu führen werden, dass es in Zukunft vermutlich keine freien Mittel mehr für die Bundesregierung gibt. Stattdessen wird es auf lange Zeit nur noch darum gehen können, Schulden abzubauen.

Die Folgen kann man aber auch und vor allem in einem globalen Maßstab betrachten. Das hängt damit zusammen, dass der Liberalismus neben den bekannten negativen Folgen eben auch positive hatte. Expli-



zeit zu nennen ist hier das erstmalige Entstehen ernstzunehmender Schwellenländer. Diese positive Entwicklung wurde aber auf Pump finanziert. Aus diesem Grund trifft die Weltwirtschaftskrise diese Staaten oft besonders schwer. Man könnte sagen, dass der Liberalismus zu einer paradoxen Entwicklung der Weltwirtschaft führte, in der sich die Länder weltweit gesehen angenähert haben. Dass sich aber gleichzeitig in den einzelnen Ländern selbst die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat. Das Ziel muss jetzt eigentlich sein, diese positiven Effekte weiter zu bestärken, dabei aber zu versuchen, die negativen zu minimieren.

### Antwort auf die Krise – Ein neues Gesellschaftsmodell

Die Antwort auf diese Krise muss in einem neuen Gesellschaftsmodell liegen. Dieses kann man als Europäische Dreifaltigkeit bezeichnen. Es muss aber einschränkend gesagt werden, auch wenn die Krise an dieser Stelle als Chance beschrieben wird, so hat sowohl sie als auch (auf europäischer Ebene) die Osterweiterung die Entstehung eines solchen gemeinsamen Modells eher erschwert, als dass sie es jetzt einfacher machen würden.

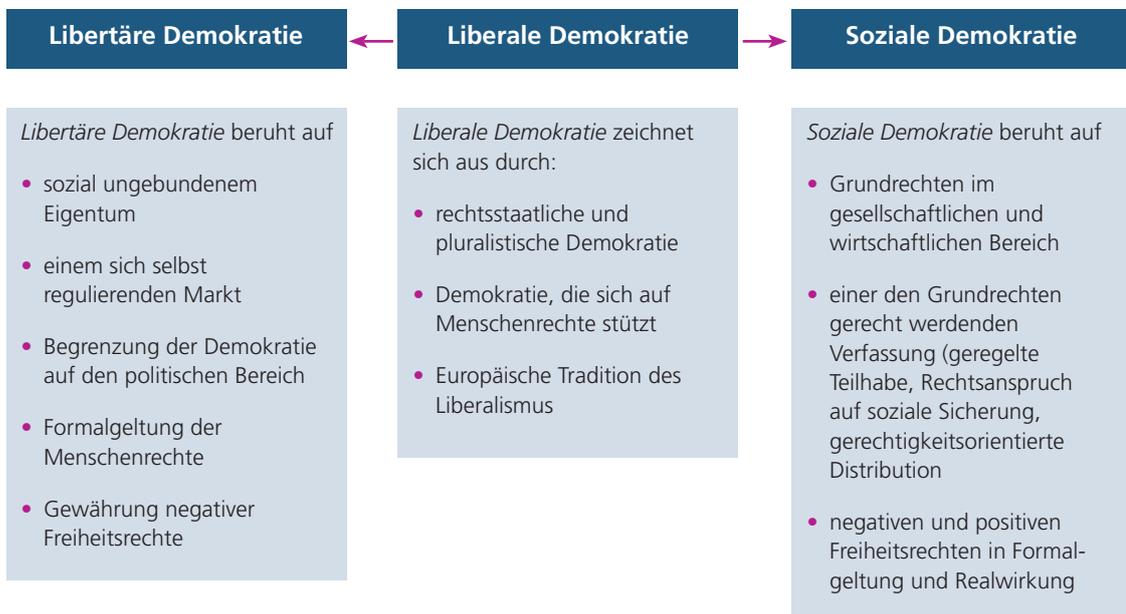
Erschwerend kommt hinzu, dass die Europäische Union, so wie eigentlich alle internationalen Organisationen seit den 1980er Jahren, auf dem Prinzip der Marktliberalisierung und der Marktschaffung operiert haben. Begründet liegt das nicht nur in der Finanzpolitik, sondern vor allem auch darin, dass negative Integration immer leichter einzuführen ist, als positive Integration. Das bedeutet, dass es beispielsweise schwieriger ist, sich auf überall in der EU geltende soziale Standards zu einigen, als zu sagen: Wir akzeptieren unterschiedliche Regulierungen in den einzelnen Ländern, erlauben aber Handel, sowohl von Waren als auch von Dienstleistungen, zwischen eben diesen Staaten.

### Weiterführende Literatur:

„Durch die tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation moderner Gesellschaften wird die soziale Demokratie vor die große Herausforderung gestellt, das Verhältnis von Politik zur Marktwirtschaft neu zu definieren.“

In: Hassel, Anke (2009):  
Der Krise Perspektive geben  
– Markt und Staat in der  
europäischen Sozialdemo-  
kratie. Internationale  
Politikanalyse;  
[http://www.fes.de/inhalt/in\\_ finanzkrise\\_publ.htm](http://www.fes.de/inhalt/in_finanzkrise_publ.htm)

## Libertäre und Soziale Demokratie im Vergleich



Quelle: FES (Hrsg.): Lesebuch der Sozialen Demokratie I, Grundlagen der Sozialen Demokratie, S. 94, Abb.: 9

Einen solchen Modus in den Organisationen kann man auch nicht einfach so umdrehen. In diesen Belangen sind die nationalen Regierungen gefragt. Sie müssen den Auftrag in die Organisationen hineinragen, sich anders zu verhalten und nach neuen Lösungen zu suchen.

Man kann zusammenfassen: der Bedarf an internationaler Koordination ist zwar da, die Strukturen sind dafür aber noch nicht ausgerichtet. In Deutschland kommt noch eine Besonderheit hinzu, wenn man über Möglichkeiten aus der Krise hin zu einem neuen Gesellschaftsmodell spricht. Obwohl Deutschland ökonomisch auf dem Niveau einer kleinen, offenen Volkswirtschaft (wie zum Beispiel auch die skandinavischen Länder) ist, werden wir regiert und verhalten uns politisch wie ein großes Land. Dieser Umstand erschwert Anpassungsprozesse in der Frage, wie man die Wirtschaft restrukturieren kann und sollte. Statt sich politisch zu präsentieren wie eine große Volkswirtschaft, sollte man sich meines Erachtens nach stärker an den skandinavischen Vorbildern orientieren.



## Von Skandinavien lernen

Diese Länder haben ein relativ geringes Maß an sozialer Ungleichheit und sie gehören auch in dieser Krise zu den wohlhabenden Ländern. Sie tun dies, obwohl oder gerade weil sie nur in einem sehr geringen Maße den Weg der Liberalisierung mitgegangen sind. Deutschland dagegen hat große Teile seines konservativen, sozialstaatlichen Modells beibehalten und dabei einzelne Teile liberalisiert. Das Ergebnis ist, dass das System in sich nicht mehr stimmig ist.

Von Skandinavien zu lernen bedeutet unter anderem, Strukturwandel positiv zu begleiten und voranzutreiben. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht abzusichern, indem man Unternehmen künstlich am Markt hält, sondern indem man sie gut ausbildet. Die Ergebnisse, die wir in Skandinavien sehen können, sind sehr hohe Beschäftigungsquoten, hohe Bildungsstände, große Fluktuation auf einem sehr aktiven Arbeitsmarkt und hohe Löhne. Was es nicht gibt, ist das in Deutschland bekannte Niedriglohnsegment.

Stattdessen finden wir in Deutschland aber ein sehr bewahrendes Element. Das hat dazu geführt, dass wir denken, jeder Arbeitsplatz muss in jedem Fall geschützt werden. Das ist aber eben nicht Teil der skandinavischen Idee. Meiner Meinung nach gilt es, ein mentales Umdenken in Richtung dieses skandinavischen Modells voranzutreiben und dabei das Prinzip als Prinzip zu lernen und nicht nur einzelne Elemente in ein altes System hineinzukopieren.

## Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik  
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik: Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm der SPD – Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln – Der „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland – Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat  
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Forum Soziale Demokratie  
Jung, politisch, sucht –  
Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar – Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“  
Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Forum Soziale Demokratie  
Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“  
Zwei unterschiedliche Begriffe – ein Phänomen der Diskriminierung?
- Nr. 28 Bildungsforum21  
Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Forum Soziale Demokratie  
Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration



**Die Foren Sozialer Demokratie** sind ein Dialogangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung. In fachöffentlichen Gesprächen wird die programmatische Dimension sozialdemokratischer Politik kritisch und konstruktiv erörtert. So entwickeln die Foren Sozialer Demokratie Impulse und Maßstäbe für politisches Handeln. Die Foren richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft und Medien, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und an interessierte Bürgerinnen und Bürger aller Generationen. [www.fes-soziale-demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)